

Donnerstag, 7. Dezember 2023

Fuchs soll Schaf gerissen haben

Beromünster Im Gebiet Elmenringen in der Gemeinde Beromünster wurde Anfang November ein gerissenes Schaf gefunden. Die Untersuchung durch den Wildhüter hat nun ergeben, dass das Schaf mit grosser Sicherheit von einem Fuchs getötet wurde. Davon sei wegen den feinen Zahnspuren an der Kehle auszugehen. Da ein ausgewachsenes Schaf kaum von einem Fuchs überwältigt werden kann, konnte ein Wolf trotzdem nicht vollständig ausgeschlossen werden. Als Verursacher konnte er aber auch nicht bestätigt werden; die Auswertung der DNA-Proben hat kein Ergebnis geliefert. Dies teilt Christian Hülsler, Fachbereichsleiter Jagd und Wildhüter, mit. Da es in der Gegend keine weiteren Risse oder Hinweise auf eine Wolfspresenz gab, geht die Wildhut weiterhin davon aus, dass ein Fuchs das vermutlich geschwächte Schaf tötete. (fg)

Neuer Leiter der Kulturförderung

Kanton Luzern Die Kulturförderung des Kantons Luzern erhält einen neuen Leiter: **Hannes Gut** (Bild) tritt die Stelle per März 2024 an. Derzeit ist er stellvertretender Geschäftsführer des Aargauer Kuratoriums. Dieses entscheidet über Fördermassnahmen und Auszeichnungen im Bereich des zeitgenössischen künstlerischen Schaffens im Aargau.



In Luzern wird Gut in seiner Position verschiedene Fördergremien leiten und mit seinem Team Kulturschaffende und -betriebe unterstützen. In seinen Zuständigkeitsbereich gehört schwerpunktmässig der audiovisuelle Sektor, Film und Fotografie. Gut ist verheiratet, dreifacher Vater und lebt mit seiner Familie in Muttenz. Er folgt auf Stefan Säggerer, der die Kulturförderung im vergangenen März verlassen hatte. (lf)

Rigi-Dampflokomotive Nr. 7 fährt weiter

Geschichte Sie gilt als fahrende Ikone der Rigi: die legendäre Dampflokomotive Nr. 7 aus dem Jahr 1873. Im September 2020 wurde sie unter den Augen zahlreicher Schaulustiger vom Verkehrshaus in Luzern über den Vierwaldstättersee nach Vitznau überführt. Seither wird die Lokomotive, die sich im Besitz des Verkehrshauses befindet, für Erlebnisfahrten an der Rigi eingesetzt. Und das wird auch weiterhin der Fall sein. Wie die Rigi-Bahnen AG und das Verkehrshaus schreiben, habe man vereinbart, dass die Lok der Rigi-Bahnen bis auf weiteres für Bahnerlebnisse am Berg zur Verfügung steht. Das gemeinsame Ziel sei, auf diese Weise Geschichte erlebbar zu machen und gleichzeitig das Interesse für das Verkehrshaus zu wecken, heisst es in der Mitteilung. (tos)

Notunterkunft wieder in Betrieb

Die Zahl der Asyl- und Schutzgesuche steigt, die Zivilschutzanlage in Dagmersellen wird wieder in Betrieb genommen. Der Kanton schliesst nicht aus, dass die Zuweisung von Personen an die Gemeinden wieder in Kraft tritt.

Fabienne Mühlmann

«Sehr herausfordernd»: So bezeichnet die Leiterin der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF), Silvia Bolliger, die aktuelle Situation. Denn seit dem Spätsommer 2023 ist die Zahl der Zuweisungen in den Kanton Luzern wieder spürbar angestiegen. Die Platzreserven, die der Kanton im vergangenen Jahr aufbauen konnte, sind inzwischen fast vollständig belegt. So gibt es in den 15 Asylzentren und den 937 Kantonswohnungen aktuell noch rund 200 freie Plätze.

Der Kanton sieht sich daher zum Handeln gezwungen. Er nimmt gemäss Mitteilung von Mittwoch die Zivilschutzanlage (ZSA) in Dagmersellen als Notunterkunft per 11. Dezember in Betrieb – schon wieder. Bereits von November 2022 bis Ende Mai 2023 waren dort Geflüchtete untergebracht. «Grundsätzlich wollen wir vermeiden, dass Menschen unterirdisch leben müssen. Doch leider geht es derzeit nicht anders», sagt Bolliger. Mit der Inbetriebnahme stehen dem Kanton 80 Plätze zur Verfügung. Die ZSA Dagmersellen sei für die vorübergehende Unterbringung von allein reisenden Männern vorgesehen. Das seien vorwiegend türkisch-, afghanisch- oder syrischstämmige Personen. Auch Ukrainer würden unter Umständen dort unterkommen.

Appell an die Bevölkerung

Zurzeit werden dem Kanton Luzern monatlich rund 150 Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingswesen neu zugewiesen. Ge-



Die Zivilschutzanlage in Dagmersellen wird als Notunterkunft genutzt. Bild: Manuela Jans-Koch (4.1.2023)

mäss aktueller Prognose des Bundes werden die Gesuche voraussichtlich erst im Frühjahr 2024 leicht zurückgehen. Wo will der Kanton diese Personen unterbringen, wenn aktuell nur noch 200 Plätze zur Verfügung stehen? «Wir sind dran, ablaufende Mietverträge von grösseren kollektiven Unterkünften zu verlängern. Weiter suchen wir aktiv nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten. Hier sind wir immer noch auf die Gemeinden und die Zivilbevölkerung angewiesen.»

Die aktuellen Zahlen

Derzeit befinden sich 6450 geflüchtete Personen in der Zuständigkeit des Kantons. Davon stammen rund 3900 Personen aus dem ordentlichen Asyl- und Flüchtlingsbereich und 2550 Personen aus der Ukraine mit Schutzstatus S. Seit Aktivierung des Schutzstatus S am 12. März 2022 durch den Bundesrat haben ihn über 94 000 Personen

erhalten. Zudem werden gemäss Prognose des Bundes bis Ende 2023 rund 30 000 reguläre Asylgesuche in der Schweiz gestellt. Im Jahr 2024 wird eine ähnlich hohe Anzahl erwartet. Gemäss Verteilungsschlüssel des Bundes ist der Kanton Luzern verpflichtet, 4,8 Prozent aller Asyl- und Schutzsuchenden aufzunehmen. (fmi)

Dass nun doch zu wenige Unterkünfte bereitstehen, obwohl der Kanton Ende September noch von genügend Plätzen ausgegangen war, hat gemäss Silvia Bolliger mit der Verlängerung des Schutzstatus S zu tun. Dieser wurde am 1. November bis März 2025 verlängert. «Auch rechnet der Bund aufgrund der Weltlage mittlerweile mit mehr Asylgesuchen für 2024 als noch vor ein paar Monaten.»

Bis vor kurzem wurde die Unterbringung von Geflüchteten durch einen Verteilungsschlüssel geregelt. Dieser wies die Personen den Luzerner Gemeinden zu. Konnte eine Kommune nicht genügend Unterkünfte bereitstellen, musste sie Strafzahlungen leisten – ein System, welches der Verband Luzerner Gemeinden (VLG) immer wieder kritisierte, da die Solidarität untereinander strapaziert wurde. Der Verteilungsschlüssel wurde per Ende September aufgehoben, die Notlage per Ende August. Dass das Zuweisungssystem wieder in Kraft gesetzt wird, kann Bolliger nicht ausschliessen. «Wenn möglich, wollen wir es ohne die Zuweisung schaffen. Dabei sind wir aber auf Hilfe angewiesen.»

Es gebe immer noch viele Gemeinden, die den Kanton aktiv unterstützen würden. Das Problem sei jedoch, dass es aufgrund der Wohnungsmarkt- und Immobiliensituation zunehmend schwierig sei, längerfristige Unterkünfte zu beschaffen. Bolliger sagt: «Das war vor einem Jahr natürlich einfacher. Mittlerweile sind wir schon auf einem hohen Stand, viele Unterkünfte sind belegt.»

Im Seetal ist man unzufrieden mit den SBB

Grossprojekte führen im Seetal zu noch mehr Verkehr. Die Politik fordert von den SBB mehr Engagement.

Reto Bieri

Das kommt nicht oft vor: Sämtliche 21 Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus dem Wahlkreis Hochdorf – mit Ausnahme von Kantonsratspräsidentin Judith Schmutz (Grüne, Rain), die amtsalber in den Ausstand getreten ist – haben ein Postulat unterschrieben.

Darin fordert der Hochdorfer Mitte-Politiker Daniel Rüttimann den Regierungsrat auf, bei der Entwicklung des aktuell anstehenden Mobilitätsausbaus im Seetal aktiver mitzuwirken und Einfluss zu nehmen. Es bestehe grosser Handlungsbedarf auf der Strasse sowie beim ÖV. Bekanntlich sind Planungen für eine Umfahrung im Gang. Dort zeichnet sich laut Rüttimann die Variante Null+ ab, die Massnahmen auf dem bestehenden Strassennetz vorsieht. «Umso mehr kommt dem ÖV eine noch wichtigere Rolle zu.»

Modernisierung lässt auf sich warten

Bus und Bahn müssten ausgebaut und optimiert werden. «In

Hochdorf etwa ist der Bahnhof seit Jahrzehnten nicht angemessen modernisiert worden.» Den Blick dürfe man dabei nicht nur auf die Hauptachse Luzern-Lenzburg richten, sondern zwingend auch nach Zug und Zürich sowie in Richtung Sursee.

Rüttimann, der bis Ende September elf Jahre lang Hochdorfer Gemeinderat war, stört sich insbesondere daran, dass die SBB und der Verkehrsverbund Luzern (VVL) sich offensichtlich zu wenig in der Planung von anstehenden Grossprojekten im Seetal engagieren. Rüttimann nennt etwa das Südi-Areal in Hochdorf. Auf einer Fläche von zwölf Fussballfeldern entsteht im Zentrum der Gemeinde ein neues Quartier, aktuell läuft eine Testplanung. Beim Bahnhof ist zudem eine Mobilitätszentrale vorgesehen. «Wir müssen bei diesem Jahrhundertprojekt gemeinsam nachhaltige Lösungen suchen.»

Mitten im Seetal, in den Gemeinden Hochdorf und Römerswil, befindet sich zudem ein kantonaler Entwicklungsschwerpunkt (ESP) mit über 15 Hektaren

unüberbauten Arbeitszonen. Weiter ist in Hitzkirch auf dem ehemaligen Granadoraal eine grössere Überbauung mit Wohn- und Gewerberaum geplant.

Die heisse Kartoffel nicht hin und her schieben

Es sei wichtig, bei diesen Grossprojekten die Mobilitätszentrale in Hochdorf von Beginn an einzubinden. Die Verantwortlichen, insbesondere die SBB, würden aber zuwarten und immer wieder auf den Durchgangsbahnhof Luzern verweisen. Rüttimann: «Wir können diese heisse Kartoffel nicht hin und her schieben, wir müssen jetzt vorwärts machen und Projekte parallel planen. Es ist ärgerlich, wenn es seitens SBB immer heisst, wir warten auf den Durchgangsbahnhof Luzern. Das Seetal kann sich nicht leisten, bis 2045 zu warten.»

Die SBB schreiben auf Anfrage, man sei mit allen involvierten Stellen im Austausch. Anfang Dezember haben die SBB gemeinsam mit dem VVL und dem Kanton Luzern eine Gesamtperspektive unterzei-

net. «In dieser geht es explizit darum, vielfältige Massnahmen in verschiedensten Handlungsfeldern wie dem Personenverkehr oder Verkehrsdruckscheiben voranzutreiben.»

Der Verkehrsverbund Luzern schreibt, die Gemeinde Hochdorf habe in Absprache mit dem VVL ein Planungsbüro beauftragt, diverse Abklärungen für eine zukünftige Erschliessung rund um Hochdorf zu prüfen. «Das Resultat gibt Inputs für die Gestaltung des Bushubs in Hochdorf. Der VVL stützt dieses Vorgehen und arbeitet in der

Arbeitsgruppe mit.» Auch habe man beim Busangebot in den letzten Jahren diverse Angebotsverbesserungen rund um Hochdorf umgesetzt.

Rüttimann räumt ein, zwar fänden Gespräche mit SBB und VVL statt. «Aber diese sind zu wenig konkret und zu wenig verpflichtend.» Rüttimann fordert eine sofortige, lösungsorientierte Beteiligung der SBB an der Verkehrsentwicklung im Luzerner Seetal. Das Postulat sei ein regionalpolitisches Signal an die Regierung, aber auch an die Bevölkerung.

ANZEIGE

frey+coie
SICHERHEIT
Sicherheitsstechnik,
die nicht jeder kann.
freysicherheit.ch